

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #13/2017

08. April 2017

Die Fragen stellt **Guido Gentsch**, 48, Meister im Installateur- und Heizungsbauer-Handwerk aus Glienicke bei Berlin.

Guido Gentsch:

Frau Bundeskanzlerin, die Firma Viessmann feiert am kommenden Mittwoch ihr 100-jähriges Firmenjubiläum. Da sie dabei sein werden, möchte ich dies gerne zum Anlass nehmen, Ihnen einige Fragen zu den Themen „Energiewende – Heizen und Kühlen“ zu stellen. Meines Erachtens ist die Energieeinsparverordnung 2016 zu Recht noch einmal verschärft und überarbeitet worden. Allerdings gibt es immer noch viele - zu viele - Ausnahmeregelungen, gerade in Bezug auf den Austausch alter Heizungsanlagen. Warum ist das so?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, erst mal möchte ich der Firma Viessmann ganz herzlich zum 100-jährigen Jubiläum gratulieren. Und es ist richtig, dass Sie auch als Installateur darauf hinweisen, wo auch der Markt liegt, mit dem sich die Firma Viessmann heute einen Namen gemacht hat. Es geht in der Tat im Zusammenhang mit der Energiewende auch um den Beitrag der Haushalte und hier ganz besonders auch um Heizungsanlagen. Natürlich ist das immer ein großes Ringen, wie scharf definiert man die Verordnungen, und die Energieeinsparverordnung ist richtigerweise verschärft worden. Wir wollen Schritt für Schritt die alten Heizungsanlagen aus dem Markt nehmen, aber wir müssen natürlich auch Rücksicht nehmen auf diejenigen, die ihre Investitionen getätigt haben und vielleicht nicht in einer so guten materiellen Lage sind. Insgesamt glaube ich aber, wird jetzt doch sukzessive der Bestand der Altanlagen ausgetauscht werden, und wir werden vor allen Dingen auch Markierungen vornehmen. Wo sind Altanlagen? 13 Millionen solcher Heizungsanlagen werden markiert, und wenn dann ein Blick auf mögliche Förderprogramme gesetzt wird, dann werden sich viele vielleicht doch auch entscheiden, dass sie eine Erneuerung vornehmen. Ich jedenfalls wünsche mir das.

Bei meiner täglichen Arbeit und in Gesprächen mit Kunden stelle ich immer wieder fest, dass viele vor den hohen Kosten einer Heizungsumstellung beziehungsweise Nutzung von regenerativen Energien zurückschrecken. Ist es denkbar, die bisherigen Förderungen in allen Bundesländern zu erhöhen, ähnlich wie seinerzeit die Abwrackprämie für alte PKW?

Also, wir haben eine Mischung aus Bundesprogrammen: hier ist es vor allen Dingen die KfW mit dem Gebäudesanierungsprogramm. Das haben wir nochmal erhöht und hier gibt es eben auch gerade für die Umstellung von Heizungsanlagen Zuschüsse. Die sind gedeckelt bei 5.000 Euro, aber immerhin. Es gibt dann zum Teil noch zusätzliche Programme in den Ländern. Das mag ein bisschen unübersichtlich sein. Aber jeder sollte sich doch informieren können, was ihm angeboten wird, damit er zuhause sein Heizungssystem wirklich erneuern kann. Und natürlich muss man auch über-

legen, nach wie viel Zeit sich das amortisiert. Aber durch die Zuschüsse wird es doch für viele auch attraktiver.

Meines Erachtens wäre es sinnvoll, die Klimatisierung und Beheizung von Neubauten generell mit der Installation von Wärmepumpen zu realisieren. Ist damit zu rechnen, dass derartige Verordnungen in naher Zukunft erlassen werden?

Wir stehen ja immer vor der Frage: Machen wir sozusagen Anreize? Hier gibt es bei den Wärmepumpen auch die Möglichkeiten eines Marktanreizprogramms. Man kann beim BAFA solche Anträge stellen. Und für die verschiedenen Sorten von Wärmepumpen gibt es auch unterschiedliche Angebote. Oder ob wir durch Ordnungsrecht vorschreiben, dass das gemacht werden muss. Wir gehen, wenn wir noch ein Stück Zeit haben - und wir wollen natürlich Richtung 2020, 2030 immer wieder deutliche Fortschritte machen, - aber wir gehen doch immer erst mal davon aus, Marktanreize zu schaffen. Ich glaube, das Marktanreizprogramm, das wir aufgelegt haben, ist dafür eine gute Möglichkeit.

Bei Reisen in südliche Länder der EU ist mir aufgefallen, dass die Sonnenenergie bei Weitem nicht ausgeschöpft wird. Plant die EU den weiteren Ausbau zur Nutzung der Sonnenenergie in diesen Ländern und eventuell über deren Landesgrenzen hinaus, damit auch sonnenärmere Regionen von diesem Überangebot der Sonne in diesen Ländern profitieren könnten?

Ja, es ist so. Wir haben in der Europäischen Union rechtlich eine Situation, dass jedes Land für seinen Energiemix selbst verantwortlich ist. Das heißt, die EU kann jetzt nicht vorschreiben, wie jeder sich verhält. Aber, was wir uns vorgenommen haben, ist, einen Energiebinnenmarkt aufzubauen. Das heißt, vor allen Dingen durch Leitungen die länderübergreifende Versorgung mit Strom zu ermöglichen. Ein Riesensproblem ist zum Beispiel noch die Verbindung von Frankreich mit der iberischen Halbinsel - Spanien und Portugal -, die heute noch sehr abgeschieden sind. Das sind zum Beispiel zwei Länder, in denen die Sonnenenergie natürlich stärker ausgebaut werden kann. Und deshalb glaube ich, durch ein einheitliches, gemeinsames Leitungssystem und durch die Verpflichtung, die Kontingente für erneuerbare Energien auszuschreiben, wird sich in Zukunft eine bessere Verteilung auch über alle EU-Gebiete ergeben. Aber das ist ein längerer Prozess. Und wir wissen aus Deutschland, wo wir ja auch Probleme haben, die Windenergie vom Norden in den Süden zu bringen, dass der Leitungsbau dafür essenziell und wichtig ist.